

Zollikon, Zürich und Fällanden, 18. September 2006

KR-Nr. 257/2006

**POSTULAT** von Dr. Beat Walti (FDP, Zollikon), Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) und Prof. Dr. Richard Hirt (CVP, Fällanden)

betreffend Bericht zur Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht zur Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich zu verfassen. Dabei ist auch auf die Stellung von muslimischen Familien, Frauen und Jugendlichen einzugehen. Im Bericht sollen zudem nebst statistischen Angaben v.a. auch die Stellung und das Verhältnis der Muslime zu anderen Glaubensgemeinschaften und zum Staat dargestellt und bei Identifikation allfälliger Problembereiche Massnahmenvorschläge skizziert werden.

Dr. Beat Walti  
Carmen Walker Späh  
Prof. Dr. Richard Hirt

257/2006

Begründung:

Der Islam und die muslimische Glaubensgemeinschaft sind v.a. durch weltweite politische Ereignisse und den Terror islamistischer Extremisten seit dem Jahr 2001 in den Mittelpunkt des Interesses respektive öffentlicher und politischer Diskussionen gerückt. Angesichts dessen sind Ängste in der Bevölkerung nachvollziehbar und müssen ernst genommen werden. Andererseits widerspricht es einem liberalen, weltoffenen Staat, unbegründete Vorurteile gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen zu schüren, statt sie in konstruktivem und von Toleranz geprägtem Dialog abzubauen.

Um eine sachliche und zielführende Diskussion über das Verhältnis der muslimischen Gläubigen zu anderen Gesellschaftsgruppen, zu anderen Glaubensgemeinschaften und zum Staat sowie über die zukünftige Entwicklung und allfälligen Handlungsbedarf seitens des Staates zu ermöglichen, muss eine von Vorurteilen freie Aufarbeitung der aktuellen Situation erfolgen. Nur so können populistische «Statthalterdiskussionen» über Detailspekte der Ausübung des islamischen Glaubens verhindert werden. Andererseits kann ein solcher Bericht Bereiche aufzeigen, wo Massnahmen aus der Sicht des Regierungsrates für die Zukunft tatsächlich nötig sind (bspw. Integration, Aufklärung etc.). Unwissenheit und fehlende Transparenz provozieren unnötig Ablehnung und Angst in weiten Teilen der Bevölkerung.